

Kampfbogen

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Freitag nachmittags. Bezugspreis drei Monatshefte 25.— M. Durch die Post monatlich 26.— M. ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Verlagsbuchhandlung „Der Kampf“, Halle a. S., Postfach 1047. Telefon 7-511. Schriftleitung: Fernruf 1043. Sprechzeit 12-1 u. 4-5 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 200 Hf. für den Millimeter Höhe und Spalte, 700 Hf. für Zeile, einschließlich an den beizugehaltenden Textteilen. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, spätere tags vorher. — Postfachamt: Leipzig 1068 1/2, Fritz Str. 10, Halle

Einzelpreis 1,50 Mark

Dienstag, den 13. Juni 1922

2. Jahrgang, Nr. 135

Einheitsfront gegen die blutige Reaktion!

Die bürgerliche Presse lacht die Schuld für den feigen Ueberfall der Reichswehr in Königsberg, die mit Bajonetten und Kolben und scharfen Schüssen die massenlose Menge voranging, auf die Arbeiterschaft zu schießen. Angegriffen hat — das verrät jeder offensichtlich feierliche Bericht des MFB. — die schwerbewaffnete Reichswehr. Denn der amtliche Bericht, nachdem er in bekanntem Polizeistil um Durchbrechen der Polizeifront durch die Kommunisten gefaselt hat, muß zugeben, daß diese 10 rabiaten Kommunisten „auf Anforderung ihres Führers den Rückweg nach der Stadt angetreten hatten.“ Auf diesem Rückweg ist dann der Zusammenstoß erfolgt. Die ruhig sich nach Hause begebenden Arbeiter sind von der Hindenburgtruppe der Reichswehr mit Bajonetten überfallen worden. So sieht es deutlich zwischen den Zeilen des amtlichen Berichtes zu sein.

Nein: Tatsächlich hat die Reichswehr mit ihren kaiserlichen Offizieren provoziert. Und politisch provoziert hat die Gegenrevolution, deren Werkzeug die zum Schutz der Republik bestimmte Reichswehr ist. Manmäßig hat sie mit ihrem Hindenburgtruppe ihren Regimentsfeiern, ihren monarchistischen Aufschüßelungen die Langmut und Geduld der Arbeiter auf die Probe gestellt. Nachdem der Massenmord durch Disziplinierung unter offizieller Beteiligung aller „republikanischen“ Behörden, der „republikanischen“ Reichswehr, der Offiziere- und Studentenvorstände, der legalen und illegalen Organe und unter Führung der sozialdemokratischen Minister in Berlin, die monarchistische Propaganda mit allen Mitteln betrieben hatte, war es Pflicht des öffentlichen Proletariats, wenn es sich nicht aufgeben und der Monarchie ausliefern wollte, in einer friedlichen Demonstration der schamlosen Provokation entgegenzutreten, die Zweck seiner massenlosen Massen den Dreißigjährigen und ihrer bewaffneten Soldateska entgegenzustellen. Die Königsberger Arbeiterschaft hat in ihrer Verteidigung gegen den monarchistischen Angriff nur ihre proletarische Pflicht getan.

Die volle politische Verantwortung für den Zusammenstoß, für die neuen Blutopfer, trägt die deutsche Gegenrevolution, tragen mit ihr die öpnamächtigen Regierungen des Reiches und Preussens.

Die Arbeiter ganz Deutschlands müssen verlangen, daß die Forderungen, die sie nach der Ermordung Erbergers erhoben haben und die sozialdemokratischen Minister bisher zu feige waren durchzuführen, endlich verwirklicht werden.

Mitteilungsbeauftragter der Königsberger Arbeiter, Entsehung aller gegenrevolutionärer Beamten, Minister, Schupo-Offiziere aus ihren Stellungen und ihre Erziehung durch sozialistische republikanische Beamte.

Arbeitet Deutschlands! Wenn die Gegenrevolution Euch nicht überwinden soll, schließt Euch zusammen zur Einheitsfront der Wehr aus gegen die sozialdemokratischen Minister, die um ihrer Ministerstühle willen die Gefahr nicht sehen wollen, die Euch bedroht.

Massendemonstration gegen die blutige Reaktion
Berlin, 12. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die SPD, rief zu einer Massendemonstration am Donnerstag, den 15., nach dem „Humboldtstein“ und nach dem „Friedrichsplatz“. Der Aufruf schließt mit den Worten: Gegen die blutige Reaktion, für Beilegung der monarchischen Reichswehr, für die Arbeiterregierung!

Provokation beauftragter Kriegervereine

Jessen, 12. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Ungeachtet Zwischenfälle ereigneten sich am Sonnabend und Sonntag hier. Kriegervereine zogen mit schwarzweißen Fahnen und 88er Gewehren auf, geführt von der Polizei. Arbeiterjugend und Genossen von der kommunistischen Jugend holten in der Nacht die Fahnen herunter. Am nächsten Tage zogen die Kommunisten mit Waffenschau nach und unter dem Schutze der Polizei wieder auf. Alle Genossen, die in Jessen waren, wurden zum großen Teil mißhandelt. Nicht weniger als 11 Genossen, meistens unbedeutlich, fielen im Gefängnis. Der „Kornwärt“ protestiert in entzückter Weise gegen dieses Vorgehen der Behörden.

11. Glöcknitz, 12. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Zu Laubenden marschieren hier beauftragte Organe auf, darunter auch Krieger- und Jugendvereine. Die Zusammenkunft war geheimgehalten worden. Trotzdem aber waren einige hundert Arbeiter zur Gegen demonstration zusammengekommen, blieben aber in der Minderheit. Die Drohung konnte nicht auseinandergerast werden.

Was geht vor?

Königsberg, 12. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die „rote Fahne“ des MFB meldet drabistisch: In Mecklenburg und Pommern sind große Truppenmengen eingetroffen. Sie sind aus Pommern und Westpreußen mit Extrazügen angekommen und sind massenmäßig ausgerüstet. — Die unabhängige „Freiheit“

meldet von starken Zusammenstößen bei Braunsberg in Westpreußen.

Ein neuer Attentatsversuch der Reaktion

München, 12. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) In der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag wurde ein Fenster der sozialdemokratischen „Münchener Post“ eingeschlagen und in den Laden ein aus drei Eisenhandgräten bestehender Sprengstoff gelockt. Das Attentat mißlang, der Täter wurde selbstverständlich nicht gefangenommen.

Ehert im bayerischen Vaterland

Ehert hat in München eine Gastrolle gegeben. Er ist zwar deutscher Reichspräsident, aber die Reize nach dem bayerischen Böhlen war für ihn mit nicht geringen Schwierigkeiten verknüpft. Die bayerische Volkspartei, soweit sie nach ihrem König Rupprecht steht, ist in große Wutung geraten über den „sozialistischen“ Reichspräsidenten. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ mußten sogar zur Verhütung erklären, daß die Zeitung der bayerischen Gewerkschaft ihn offiziell dazu Vermittlung des bayerischen Ministeriums des Äußeren eingeladen habe, das die Eintragung auf dem Passenwege an die Reichsbehörden weiterzugeben habe.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“, so berichtet der „Kornwärt“, der sich selbst im Heulen und Toben der Konterrevolution einen Fikturist gegen die verhassten Kommunisten leisten muß, haben die Antanti Eherts durch eine neue Schandung der Reichsflagge begangen. Gegen 7 Uhr früh wurde die Fahne von einer Schaar junger Leute angegriffen, die sie zu zerreißen und mit Beize in zu verbrennen suchten. Trotz der angelegten Gegenwehr der Schutzleute wurde die Fahne zerstört.

Zum Empfangen waren erschienen: der Ministerpräsident, der Landtagspräsident, der Reichspräsident, der Bürgermeister und der Stadtmandant. Nur der Regierungspräsident von Oberbayern, Herr v. Kahr, gänzte durch Abwesenheit. Die Begehung des Genossen Ehert durch die inaktiven Würdenträger war liberale Herab. Bei der Abfahrt des Autos aus dem Bahnhof setzte jedoch ein wilder

Ärm, Isfen und Pfeilen

aus der Menge ein. Das wertvolle Volk, das sich die Verhöhnung des Reichspräsidenten nicht gefallen lassen wollte, kam hellenweise mit den Demonstranten ins Sandbauge. Die Polizei mußte einschreiten und eine Anzahl von Verhaftungen vornehmen.

Klingt es nicht wie blutige Ironie, wenn das offizielle Wolff-bureau folgenden Sermon von sich gibt:

Während des parlamentarischen Abends zu Ehren des Reichspräsidenten hatte sich eine diebstahlartige Menge vor dem Rathaus angeammelt, die dem Reichspräsidenten beim Verlassen des Hauses bewehrte Ovationen darbrachte. (Zum ersten Male.) Trotz der vorgerückten Stunde wurden die Fahnen nicht nehmen lassen, dem Reichspräsidenten eine Salbung darzubringen. (Zum zweiten Male.) Der Reichspräsident wurde mit nicht endenwollenen Hochrufen begleitet. (Zum dritten Male.) Auch vor dem Hotel wurde ihm bei seiner Rückkehr bewehrte Ovationen dargebracht. (Zum vierten Male.)

Kapp gestorben

Leipzig, 12. Juni. (TK.) Wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ melden, ist der Generalkonsuldirektor a. D. Kapp, der sich bekanntlich nach seiner Selbsttötung in einem Leipziger Krankenhaus einer schweren Augenoperation unterziehen mußte, an den Folgen der Operation gestorben.

Die Kappisten haben Glück, nun können sie für alle Sünden den Toten verantwortlich machen und nach Lubendorffs Muster sich durch Zungebiss „sauber“ machen.

Konterrevolutionäre Treibereien in Bulgarien

DA. Wien, 12. Juni. In Wien kursieren gegenwärtig wieder alarmierende Nachrichten über die politische Lage in Bulgarien. Der Korpelbont der „Denk“ drückt darüber: Die Geiselnahme in Bulgarien freiten mit großen Schritten einer förmlichen Einseitigkeit zu. Zwischen König Boris und dem Ministerpräsidenten Stambuliski ist ein offener Bruch eingetreten und die Beziehungen des Königs zu seinem Regierungschef sind nur noch jormal äußerlicher Natur. Um den König lacht sich die Militärpartei, geführt von den älteren Offizieren, des alten Regimes und die Bürgerlichen, zu führen. Die große Kluft zwischen der jogenannten Militärpartei und den Bauern-Kommunisten hebt bevor und sie droht sehr ernst zu verlaufen. Man muß für Bulgarien schwerwiegende Ereignisse erwarten.

Das ist ein tendenziös gefärbter Bericht, der nach dem Mutter der bulgarischen bürgerlich-reaktionären Presse von einem in Wirklichkeit gar nicht vorhandenen Würdnis der Stambuliskiregierung und der Kommunisten spricht. Wahr ist, daß die Kluft zwischen dem König und dem bürgerlichen Bourgeois einen Staatskrieg in Bulgarien vorbereitet, um das Land als einen Stützpunkt für Aktionen gegen Sowjet-Rußland mißbrauchen zu können.

Drohende Gefahren!

S. U. Die Bedeutung der Genaukonferenz liegt weniger in den Vereinbarungen die in den offiziellen Verhandlungen getroffen worden sind, als vielmehr in den Geheimverträgen, die die Diplomaten der kapitalistischen Hauptmächte untereinander geschlossen haben. Trat der Riß in der Entente schon in Genug klar hervor, so jetzt das englisch-italienische Abkommen, daß England seinem Bundesgenossen Frankreich gegenüber eine immer aggressivere Politik betreibt. England mußte sich bisher in seiner Kontinentalpolitik wegen der eigenen kolonialen Schweregeiten dem Imperialismus Frankreichs gegenüber nachgiebig zeigen (Rußland, Oberitalien usw.), denn es fürchtete sich im nahen Orient in seinen Interessen gefährdet und an den Verbindungswegen nach Indien bedroht. Die englischen Kapitalisten sehen die beabsichtigte Auseinandersetzung mit Frankreich voraus und streben deshalb nach einer Entzweiung Frankreichs, wie sie seit dem Jahre 1903 Edward VII. so geschickt gegen das nach Hegemonie strebende italienische Deutschland betrieb. Von diesem Gesichtspunkt aus ist der englisch-italienische Vertrag zu betrachten. England liefert das Kapital, Italien die Arbeiter. Die italienische Kolonie Tripolis wird mit Hilfe englischen Kapitals erschlossen. Die Gegenleistung Italiens bleibt geheim. Was kann sie anders sein als die Stellung von Kanonensputter zur Verteidigung Ägyptens und des Sueskanals gegen die Eingeborenen Ägyptens selbst, für den Fall, daß England in Schwierigkeiten infolge von Differenzen mit Frankreich gerät. Das Bündnis richtet sich gegen die imperialistisch beherrschungen Frankreichs in Kleinasien. Damit ist der Anfang gemacht zu einem Schutz- und Trutzbündnis dieser beiden Staaten gegen Frankreich überhaupt und wenn dieses Bündnis noch nicht abgeschlossen ist, so nur deshalb, weil England einmal nach mit Frankreich zusammen gemeinsame Interessen gegenüber Amerika in der Kriegshundenfrage hat und zum anderen weil England jetzt und in der nächsten Zukunft noch nicht an eine beabsichtigte Auseinandersetzung denken kann. Dazu braucht es Verbündete, deren einen es in Italien bereits gefunden hat. Der englisch-italienische Vertrag ist eine Gefahr für das italienische Proletariat.

Will England die französischen Kapitalisten schlagen, dann muß Frankreich isoliert, muß es eingekreist werden. Dazu braucht England Deutschland. Ein deutsch-englisches Bündnis? England braucht es nicht, es hat die deutsche Bourgeoisie so unter seine Botmäßigkeit gebracht, ja, Lubendorff hat sich den englischen Kapitalisten, als sie noch die Pflicht der bewaffneten Wiedereroberung Rußlands hatten, selbst angeboten.

In der Reparationsfrage, Oberitalienfrage, in der Frage des Moratoriums hat sich England stets im Gegensatz zu Frankreich befunden. England hat sein Veto eingeleitet in der Frage der Ruhrgebietsbesetzung, nicht aus Gefühlen der Liebe und aus Gründen der „Gerechtigkeit“ gegenüber dem belagerten Deutschland, sondern weil es eine Stärkung des französischen Imperialismus zu verhindern beabsichtigt sein muß. In wirtschaftlichen Fragen hebt der englische Kapitalismus dem deutschen durchaus nicht verständlich gegenüber, weil das deutsche Kapital auf Grund der sich bauend entwertenden Mark eine Schmutzkonturrenz an dem Weltmarkt betreibt, die dem englischen Kapital unerträglich ist. Nur deshalb ist England an der Stabilisierung der deutschen Wäuta so lebhaft interessiert. Eine Stabilisierung der deutschen Mark würde bedeuten, daß die Warenpreise, die England fordern muß, auf dem Weltmarkt von den deutschen Kapitalisten nicht mehr unterboten werden können. Stabilisierung der Mark würde mit anderen Worten heißen, die Wirtschaftskrisis, die heute auf den Ententeländern lastet nach Deutschland zu verschoben. England braucht ein deutsches Bündnis nicht, kann es nicht eingehen, weil dies den sofortigen Bruch der Entente bedeuten würde, deren es heute doch in mancher Hinsicht bedarf. Deutschland ist durch die Reparationsfrage so eng mit England verbunden, daß die herrschende Klasse jederzeit alle Forderungen Englands, soweit sie sich gegen Frankreich richten, bebingungslos schluden wird. Es ist kein leeres Wort, daß in Deutschland nicht das Reichsamt, sondern der englische Gelände regiert. Für diese Unterwerfung zeigt sich die englische Bourgeoisie auch gelegentlich der deutschen erntemäßig, wie es sich in der Reparationskommission verlässlich gemacht hat.

Im Falle eines, wenn auch nicht jetzt, so doch in jernerer Zeit früher kommenden ernsthaften englisch-französischen Konflikts hat England jederzeit in der Hand, Deutschland zu erklären: Wir erlassen Euch die Reparationszahlungen, wir geben Euch einen Teil Eurer Kolonien und Elsaß-Lothringen wieder, wenn Ihr mit uns gegen Frankreich steht. Und die deutsche Bourgeoisie als herrschende Klasse wird sicher bereit sein, dem englischen Imperialismus in seiner Auseinandersetzung mit Frankreich das Menschensmaterial zu liefern, wenn sie aus der Not und dem Sturz des deutschen Proletariats Hilfe zu schöpfen Gelegenheit findet.

Die deutsche Bourgeoisie sieht hier, was kommt. Sie richtet sich darauf ein und bereitet sich darauf vor. Ihr nächstes Ziel ist, das Proletariat tödlich zu treffen und wechelos

Der Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre

Die Angeklagten sprechen sich selbst das Urteil — „Die intrinmierten Tatsachen sind unbestreitbar“ — Die Beziehungen zur Entente und zu Denikin festgelegt

Der dritte Prozeßtag

Moskau, 10. Juni 1922.

Rede Timofejew

Die Sitzung des Gerichts am 10. Juni wird durch eine Erklärung des Angeklagten Timofejew eingeleitet. Timofejew sagt, die Partei der S.R. führe den Kampf mit der Sowjetmacht seit dem Oktoberumsturz, indem sie die Regierungsformen der Februarrevolution verwerfe. Die intrinmierten Tatsachen seien völlig unbestreitbar. Er erklärt sich nicht damit einverstanden, daß die S.R. den Anblick von Bürgerkrieg gegeben hätten. Sie hätten vorerst beschlossen, einen ausschließlich politischen Kampf zu führen, und erst nach der Auflösung der Konstituante hätten sie den bewaffneten Kampf aufgenommen. Timofejew erklärt, daß die Partei der S.R. sich dessen nicht bewußt gemacht wäre, daß Europa nach dem Weltkrieg nicht wieder in einem Kriegszustand zurückfallen könne. Die S.R. wollten aber die Kräfte der russischen Revolution und des russischen Proletariats nicht übersehen und keine so schwere Aufgabe auf sich nehmen. Timofejew

betreitet nicht, daß die S.R. Beziehungen zur Entente unterhielten.

Er habe sogar selbst mit Charles Dumas und Ehrlich Verhandlungen geführt. Gleichzeitig seien auch die S.R. Gegner einer Intervention in die inneren Angelegenheiten Russlands gewesen (!). Nach der deutschen Revolution seien sich die S.R. der Notwendigkeit eines Wechsels ihrer Politik bewußt gewesen, aber der nötige Wille zu Aktionen und eine günstige Gelegenheit hätten gefehlt. „Innere Kisten wurden geschlossen“, sagte Timofejew witzig. Dies beeinflusste unsere weiteren Aktionen. Timofejew betonte die aktive Teilnahme der Partei der S.R. an den Aufständen in Tambow und Kronstadt und erklärt, daß die S.R. so, besonders dies auch Hinzu, die Sowjetverfassung untergraben (!). Timofejew erklärte unter großer Heftigkeit der Zuhörerheit, die Partei der S.R. werde gegen die neue Wirtschaftspolitik, die der Sowjetregierung widerpreche (!), einen Kampf führen. Zum Schluß sieht Timofejew aus, daß die S.R. sich mit einem Sozialismus, den die Sowjetregierung aufbaue, nicht abfinden wollen, und daß sie Anhänger des alten Sozialismus seien.

Erklärung Ratners

Eine Erklärung des Angeklagten Grigorij Ratner bildete eine temperamentvolle Antwort auf die verworrene und ausweichende Rede Timofejews. „Wir haben viele Verbrechen hinter uns“, erklärte Ratner, „aber der Henschel und Schamlosigkeit kann man nicht behaupten. In dieser Hinsicht haben wir die Direktiven der Partei erfüllt. Wir haben die Verantwortung nicht abgeworfen, aber auch nicht auf heuchlerische Rede, wie die Timofejews, schämt die Achtung. Die politische Linie der Partei wurde teils von unseren Führern verweigert und geheimgehalten. Wir waren überzeugt, den Wessungen der Partei anzuhängen.“ Ratner ruft aus: „Was sind wir, gemeine Verbrecher oder politische Hühner? Die Führer der Partei der S.R. haben es unterlassen, nicht weiter in die Einzelheiten einzugehen und die Vollkräfte der Weisungen einfach zu verraten, sie als gemeine Verbrecher zu bezeichnen. Das war die Folge der immerwährenden Heuchelei leitens des Zentralkomitees der S.R. Mir mich wurde das besonders seit meiner Kette durch den Reichsrat Denikin klar, wo ich mich überlegen konnte, daß das ganze Gerbe über den Kampf gegen zwei Fronten nur ein Gerbe war. Der Angeklagte führt eine Kette von Tatsachen an, welche die Haltung der verantwortlichen Führer der S.R. unter der Herrschaft Denikins illustrieren. Ratner verliest eine Reihe von Ausschnitten aus der S.R.-Presse, die u. a.

die Verneinung des Zentralkomitees der S.R. zur Zusammenarbeit mit der Denikin-Regierung anfordern.

Ratner erklärt, daß eine große Gruppe von Parteimitgliedern sich im Reichsrat Denikin anschloß und nicht nur in einem Kampf gegen die Sowjetmacht führte, sondern offen Denikin und die freiwilligen Armeen unterstützte. Das Zentralkomitee hat dies alles gewußt. Sie jetzt ist kein einziger Fall bekannt, wo Mitglieder der Partei der S.R. wegen ihrer Zusammenarbeit mit Denikin aus der Partei ausgeschlossen worden wären. „Eine dritte Kraft gab es nicht“, rief Ratner, „es gab keinen Kampf gegen zwei Fronten. Für die einen war dies nur eine Täuschung, für die anderen bewußter Betrug.“ Nach der Konferenz vom 8. Februar 1919 plauderte er, es sei eine neue Aera angebrochen und die S.R. hätten für immer auf den Kampf gegen zwei Fronten und auf die Gesetze mit der Entente verzichtet. Aber diese Behauptungen seien anders als ein Versuch der Schwärze der Partei. Erprobte verheimlichte das Zentralkomitee der S.R. der Konferenz, die Parteimitglieder und seine Direktoren förderten die russischen Elemente in der Partei, die Teilnahme von Parteimitgliedern an Bauern-

strafen mit Lord Georges Anklagen über die friedliche Ausbeutung Deutschlands. Ob die Geltungnahme der amerikanischen Kommissarien bei der Abfassung des Berichts durch die englische Auffassung beeinflusst war, kann dahingestellt bleiben. Jedenfalls ist für die Zukunft ein Zusammengehen der beiden sozialistischen Gruppen zu erwarten.

Katastrophaler Sturz der Mark

Der Wert der Mark betrug am Montagabend in Amerika 1,22 Friedenspfennige. Das entspricht einer Bewertung des Dollars mit 22,56 Mark, während der Dollar am Montag in Berlin am 116 218,10 Geldruhe notierte.

Kronenzurück und Verkaufsstreit in Wien

EP. Wien, 12. Juni. Als Folge des beispiellosen Kronenzurück der letzten Tage hat heute in Wien eine Art Verkaufsstreit eingeleitet. Zahlreiche Geschäfte der inneren Stadt und auch in den äußeren Bezirken hatten ihre Türen geschlossen, um nicht in die Zwangslage zu kommen, ihre Waren gegen entwertete Kronen zurückzugeben in mühen. Der zahlreichste Geschäft der Lebensmittel- und Textilbranche bilden die Kolonialen der Kaufleute, die sich bestreuen, ihren Bedarf an Gebrauchsgütern einzubringen. Die von den Kaufleuten verlangten Preise sind ebenfalls hoch und ganz willkürlich, da die Wiener Geschäftswelt heute handhabt für eine vernünftige Preisbildung vorüber. Der innere Stadt ist die Mark nicht mehr zu verkaufen, sondern nur noch für den Handel über Vermittlung in der Stadt vorläufig noch grundlos.

Das englisch-französische Widerpiel zur Konferenz in Haag

WZ. gibt eine Neutermelung wieder, die die britische Antwort auf das französische Memorandum betreffs der Haager Konferenz enthält. Die Note, deren Inhalt wir schon gestern mitgeteilt haben, hebt hervor, daß die britische Regierung genau so wie die französische auch nur Sachverständige nach dem Haag schicken wolle, obwohl beide sonderbarerweise Unterstaatssekretäre wären. Weiter heißt es wörtlich:

„ausfinden um. Das Zentralkomitee wird dies verneinen, aber ich erkläre, daß die alttötlichen Parteimitglieder unter dem Einfluß der Weisungen des Zentralkomitees an Bauernschaften teilt-gewonnen haben.“

Als Ratner beschloß, hatte in die Rote Armee einzutreten, erklärte ihm Timofejew, Mitglied des Zentralkomitees: „Wenn Sie es unaufrichtig tun, werden wir nichts gegen Sie haben, wenn Sie aber in die Rote Armee eintreten und daraus einen politischen Schritt machen werden, so ist Ihr Ausschluss in der Rote Armee.“ Nach dieser Erklärung Timofejews hat Ratner vorgezogen, selber die Partei zu verlassen, während andere Mitglieder der Partei der S.R. wegen Anwerbung von Freiwilligen für die Rote Armee aus der Partei ausgeschlossen wurden. Zum Schluß erklärt Ratner: „Die meisten von uns haben in ihren jungen Jahren eine revolutionäre Tätigkeit begonnen. Viele von uns haben mehrere Jahre stürmische Juuangsarbeit unter dem Jarismus hinter sich. Wir sind meistens Arbeiter und bilden den schönsten Teil der Partei. Nachdem dieser Zeit ausgetreten ist, sind nur die Jungen geblieben, die wohl die Komplexionen französischer Diplomaten verdienen, sonst aber zu nichts taugen.“

Nach der Rede Ratners gibt der dritte Angeklagte, Janajew, eine Erklärung ab, in der er feststellt, daß er der Partei der S.R. nicht angehört und Mitglied des Zentralkomitees der Partei der S.R. in Moskau nicht gewesen sei. „Nene Verbrecher, die mit zur Last gelegt werden“, erklärt Janajew, „sind unentschieden. Wesentlich ist die Unmöglichkeit, in der sie entstanden sind. Aus der Erklärung Timofejews ernehme ich, daß das, was ich für eine schriftliche, öffentliche Erklärung hielt, die unrichtige, hinterlistige Vorbereitung einer einheitlichen Kampflinie gegen die Sowjetmacht zum Hand mit der Entente war. Man sagte uns hier, daß die führende Gruppe der Partei der S.R. an der Intervention nicht teilgenommen habe. Hier ist politische Ehrlichkeit notwendig, und ich will daher erklären, daß die führende Gruppe auf dem Boden der Intervention gestanden hat.“

Sie forderte die Bauern zum Kampfe gegen die Sowjetmacht auf. War meine Handlungswelt politisches Abenteuer? Nein, ich handelte in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Leitung der Partei der S.R. Überall hat die Partei der S.R. im Kampfe gegen die Sowjetmacht die führende Rolle gespielt.“

Banderveldes „Rechtfertigung“ und „Abweisung in der „Sowjetika“

Moskau, 11. Juni. Die „Sowjetika“ bringt einen Brief Banderveldes an die Redakteure der „Sowjetika“ und der „Izwesta“, in dem es heißt: Gemäß dem Mandat, das ich von der belgischen Arbeiterpartei erhalten hatte, habe ich den Werallier Vertrag unterzeichnet, und zwar deshalb, weil er für Belgen die Befreiung eines Gebietes und den Selbstbestand für die Betroffenen garantierte, die durch einen Ueberfall verurteilt wurden, dessen Ungerechtigkeit von deutschen Reichstagen selbst am 4. August 1914 anerkannt wurde. Aber bevor ich meine Unterzeichnung gab, ließ ich mich vom öffentlichen Punkte der belgischen Arbeiterpartei gegen die imperialistische Natur des Vertrages an. Mebrigens ist im Versailles Vertrag selbst eine Bestätigung vorzusehen, und eine solche Nachprüfung streben die belgischen Sozialisten in vollem Einverständnis mit den Genossen in Deutschland, England, Italien und Frankreich an. Der Redakteur der „Sowjetika“ antwortete darauf: Herr Bandervelde kann nicht abstreiten, daß der Versailles Vertrag unterzeichnet hat und erklärt, daß er wieder Dinge, die mit der Sache nichts zu tun haben. Ob mit oder ohne Erlaubnis seiner Partei, hat er den Vertrag unterzeichnet, und er hat den Unterzeichnungs des Vertrages als Privatperson gegen die unehrlichen Teile des Vertrages protestiert hat, aber nicht, ändert nichts an der Tatsache, daß er diesen räuberischen Vertrag unterzeichnet hat. Seine Ausreden zeigen nur, daß er sich immer wieder entschuldigt, eine rechtsfähige Beweis dafür gibt, daß er sich dieses Verbs verkauft hat. Das Argument Banderveldes, daß dieser Schöns, von ihm unterzeichnete Vertrag einen Paragrafen enthält, der eine Nachprüfung zuläßt, wenn der Vertrag als unbillig erklärt werden kann, ist nur ein Eingangs herabsetzt, zu denen Bandervelde ganz offensichtlich die russischen Arbeiter zählt. Seit Unterzeichnung des Versailles Vertrages sind drei Jahre verstrichen; unter dem Einfluß der Golden des Versailles Vertrags ist das deutsche arbeitende Volk zum Kauf des Weltkapitals geworden, aber weder Frankreich, noch der König, weder Minister Bandervelde war, haben die Abweisung des Vertrages losgelassen. Die Resolution, welche Bandervelde zusammen mit seinen englischen Freunden angenommen hat, nicht den deutschen Arbeiter ebensowenig, wie dem Toten der Reichstag. König Albert hält sich an die Unterfertigung seines eigenen Banderveldes und ändert wenig auf die Genossen, welche sein ebensowenig Minister wurde, noch er seine Majestät verließen hat und zur Opposition übergetreten ist.

Die Regierung ist entschieden gegen den französischen Vorschlag, daß das russische Memorandum vom 11. Mai zurückgezogen wird, die Saager Kommissionen zum zentralisieren. Die Frage der Zurücknahme des Memorandums wurde in Genoa nicht aufgeworfen. Die Regierung ist dagegen bereit, den französischen Standpunkt gelten zu lassen, daß die Resolution von Cannes für die Resolutionen im Haag grundlegend sein muß. Die Regierung lehnt weiter die französische Behauptung ab, daß ausländische Antiquitäten das Recht haben sollen, ihre von Ausland konfiszierteres Eigentum zurückzuerlangen, sie behält sich daran, daß wirtschaftliche Entschädigung gefordert wird. Der französische Vorschlag, manoch eine internationale Kommission, ohne die russische Delegation ins Vertrauen zu ziehen, einen vollständigen Weberschankplan für Rußland auszuarbeiten und ihr nachher als Ultimatum präsentieren sollte, diese die Zwecke der Haager Konferenz lächerlich machen. Die britische Regierung verweigert sich der Haager Konferenz die Frage der Schuld an, des Brinnatigen und der Probe zu erörtern und als Sachverständige mit Sachverständigen zu unterhandeln. Was die Rückgabe des konfiszierteres Eigentums angeht, so muß es entweder den früheren Eigentümern zurückgegeben, oder es muß so oder so gelöst werden.

Der Pariser „Temps“ gibt bereits in einem Leitartikel die Antwort der französischen Regierung auf die englische Note über die Haager Konferenz. Er sagt die französische Stellung in folgendem Satz zusammen:

„Die französische Regierung hat oft versprochen lassen, daß die internationalen Beziehungen ein einseitiges Spiel zu sein und einseitig und einer und derselben Regel unterworfen werden müssen. Erst in der vergangenen Woche ist diese durch den Bericht des Anstiebes auszusprechen unterstanden worden. Daraus folgt, daß die englische Regierung wenn sie versprochen hat, einen beträchtlichen Teil der russischen Schuld in freier, offener auch entschlossen ist, sich den beträchtlichen Teil der französisch-italienischen Kriegsschuld für nichtig zu erklären.“

Die englische Bourgeoisie wird sich hüten als Kompensation für die an sich unentrichtbaren Schulden des Jarismus bel Frankreich den Franzosen die Schulden zu freieren. Das französisch-englische Widerpiel beweist schon heute, daß auf der Konferenz in Haag ebenso wenig herauskommen wird, wie in Genoa.

zu machen. In die monarchistischen Rumbegungen haben den Zweck, einmal die Herabfallen der Reaktion zu sammeln, die Bevölkerung zu verheizen und systematisch auf einen neuen Krieg vorzubereiten. Um nach der Stabilisierung der Welt ebensoviele oder noch mehr verdienen zu können, um das Imperialismus voranzutreiben zu können, deshalb die Sammlung und verstärkte Propaganda der Kontrorevolution. Wenn auch die Gefahr des englisch-französischen Krieges heute und morgen noch nicht besteht, so doch die monarchistische, Die verurteilte Festigung der „Samburger Weltbeziehung“ und des Verlanges der „Kommunistischen Internationale“, das Attentat auf Scheidemann und das neueste Bludbad in Königsberg zeugen von der Freiheit der Reaktion. Und wenn wir auch für die Drohung des „Bundes der nationalen Völker“, den Redakteuren des „Klassenkampfes“ das Schicksal Erbergers zu bereiten, nur ein Lächeln übrig haben, so zeigt doch diese Laune, mit welchen Mitteln die Reaktion den Kampf zu führen vermag.

Die Reaktion sammelt sich immer mehr. Gab es früher die verschiedensten Organisationen, so ist heute der „Stahlhelm“ das Sammelbecken, in dem sich die verschiedensten „Orden“ der Deutschvölkischen, der Wessung und die Organisationsformationen vereinigen. Gewiß sind im „Stahlhelm“ nicht alles Monarchisten, und nicht jedes Mitglied des „Stahlhelms“ weiß und kennt die wahren und die geheimen Zielsetzungen und Bestrebungen des nationalsozialistischen Führerlagers, daß aber der „Stahlhelm“ seine Mitglieder hauptsächlich in die Lebensversicherung einwirft, gegen Unfall und Unfallversicherung, das muß jedem Proletarier die Augen öffnen über die Gefahr, die dem deutschen Proletariat droht. Wenn der „Stahlhelm“ seinen Mitgliedern zur Pflicht macht, zur Produktion der Arbeiterkraft das Stahlhelmbewußtsein überall zu tragen, so verfolgen die Drahtzieher damit noch den Zweck, das Machtbewußtsein seiner englischen Schächten als Massenherde zu entwickeln. Dem Stahlhelm muß deshalb der Sowjetern entgegengeleitet werden. Jeder Proletarier trägt mit Stolz den Sowjetstern und zeigt damit, daß er gewillt ist, der monarchistischen Gefahr zu begegnen. Am 28. Juni großer monarchistischer Kammel. Er richtet sich gegen den Versailles Vertrag. Die Verträge sind der Menschheit, das Gebot, das am Krieges und nach dem Krieges Millionen und Milliarden verdient hat, das Schuld hat an dem heutigen Elend, fackelt die Bevölkerung gegen den „Schmachfrieden“ auf, den es früher in noch viel härterer Form im Falle des Sieges den Ententevölkern diktiert hätte. Die Drahtzieher wissen ganz genau, daß sie allein, durch Deutschland allein den Versailles Vertrag nicht umsetzen kann, sie schicken nach England und warten des Augenblickes, indem England nur, um deutsches Proletariat in Rußland in den Tod zu hegen. Der 28. Juni soll der Aufspaltung aller nationalsozialistischen Kräfte dienen. Die Monarchisten und Reaktionäre heftigsten auf die Veranschaulichung des deutschen Arbeiterklasse. Das deutsche Proletariat hat den Frieden und die Leiden des 4½jährigen Massenmordes nicht vergessen. Es weiß, daß es unter der kapitalistisch-imperialistischen Herrschaft immer mehr und mehr verelendet. Das Proletariat hat erkannt, daß nur die Revolution, die Herrschaft der Arbeiterklasse den Versailles Vertrag zerschlagen kann. Am 28. Juni muß das gesamte Proletariat der drohenden monarchistischen Gefahr machvoll entgegenzutreten: es muß der geinteten Reaktion die ebensowenig Proletariatsauf in ein britischer Kommissariat entgegenhalten. Hier gibt es keine Parteinteressen, hier gibt es nur gemeinsame Arbeiterinteressen!

Die Möglichkeit des Zusammenbruchs Die französische Regierungspresse kündigt ein unabhängiges Vorgehen Frankreichs an

Die Bankiers beschäftigen sich mit der Frage der Wiederherstellung des auswärtigen Kredits und der gesamten Finanzlage Deutschlands. Ihr Urteil über die Zukunft lautet: „Der Kapitalist muß mit der Möglichkeit rechnen, daß ein Zusammenbruch der deutschen Finanzen, als Folge der gegenwärtigen Unsicherheit, einen sozialen Umsturz hervorgerufen kann.“ Die Bankiers sind keine Wahlenmacher. Sie wollen kein Geschickselbst zu einer Herabsetzung unterer Zinsen auf ein notwendiges Maß (!) und zur Befreiung der belagerten Gebiete geben, die nach ihrer Ansicht die Wirtschaftlichkeit ausschließen, mit Deutschland Geschäfte machen zu können. Daß sie dabei zu Feststellungen gelangen, die deutschen Sozialdemokraten ganz bewußtlich vorzulegen müssen, ist früher kein Ausfluß besonderer Sympathie der Bankiers zu den Kommunisten. Gegenüber dem nüchternen Urteil der Finanzleute über den Bankrott der Füllungslosigkeit und hoffnungslosen Chaos, dem Europa entgegensteht, mußte es wie ein Echo an, wenn die deutsche Weltrechtssozialdemokratie in den Ereignissen die Rechtfertigung ihrer eigenen Politik erblicken will. Dieser Echo, in Wirklichkeit ein frecher Scherz auf die unerbötigen Leiden des deutschen Proletariats, erlaubt sich der gefürchtete „Börserzeit“:

„Mögen wir eine Entschuldigung fordern, die mit innerer Notwendigkeit zu einer Herabsetzung unterer Zinsen auf ein notwendiges Maß (!) und zur Befreiung der belagerten Gebiete führt, dann werden wir vorziehen mit der Politik des Bankhandels, der Verschuldung und der Kette eines uneres guten Willens, wie sie bisher — vielleicht doch nicht ganz ohne Erfolg — betrieben worden ist.“

Wie die Wessungen auf eine „Verhandlung“ auszuweisen, das läßt die Franzosen auf die Regierungspresse erkennen. Die Antwort auf den Bericht der Bankiers ist die Aufspaltung einer neuen Offenheit gegen Deutschland. Das Gelehrte Poincaré, das „Echo de Paris“ schreibt: „Was mich die französische Regierung an? Die Frage ihrer Politik ist schickelig. Sie wird sich bemühen, ein vollständiges Reparationskredit ins Werk zu setzen, Sicherungen und Verantwortlichkeiten, Bestätigung der ausländischen Devisen in deutschen Werten, Zentralisation eines Kontrolle aus Sanierung der deutschen Finanzen, die die Höhe der Wessung wie die militärische Kontrolle, die 1920 einseitig wurde, um die Deutschen sich nicht lösen, wird Frankreich unabhängig von den Alliierten vorgehen.“

Der offizielle „Temps“ fordert die sofortige Einleitung eines Untersuchungskomitees, der sich nach Deutschland bewegen soll. In welchem Sinne diese Kommission, die ihre Arbeiten in einer Woche beenden sollte, referieren würde, läßt sich denken.

Die politische Rückmeldung der Stellungnahme der Bankiers auf die gesamte europäische Lage läßt sich noch nicht übersehen. Die französische Regierung beweist durch ihre Stellungnahme zum Bericht, daß sie eine Herabsetzung der deutschen Reparationsschuld nicht einsehen möchte. Was wird nun England sagen? Der Bankierbericht deutet sich im wesent-

